



DER BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE HANDEWITT

Handewitt, 27.09.2020

Resolution der Gemeinde Handewitt

gegen die Deponierung von sog. freigemessenen Bauabfällen aus kern- technischen Anlagen in der Regionsgemeinde Harrislee


Die Gemeinde Handewitt fordert das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein auf, von der geplanten Deponierung von freigemessenen Abfällen aus dem Rückbau kerntechnischer Anlagen auf dem Deponiestandort in der Gemeinde Harrislee Abstand zu nehmen. Die Gemeinde Handewitt fordert insbesondere dazu auf, nicht das nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgesehene zwangsweise Verfahren von Zuweisungen gegen das Votum von betroffenen Gemeinden oder Nachbargemeinden oder Deponiebetreibern in Schleswig-Holstein anzuwenden.

In den vergangenen Jahren haben sich neben der Landesregierung Deponiebetreiber und Sitz- und Nachbargemeinden von Deponien u.a. in einer interdisziplinäre Begleitgruppe intensiv mit dem Problem der Deponierung auseinandergesetzt. Konsens insbesondere mit der Landesregierung war bisher eine freiwillige Beteiligung aller Beteiligten an dem entwickelten Modell „Deponie Plus“. Eine zwangsweise Zuweisung von freigemessenen Abfällen widerspricht dem Geist der gesamten bisherigen interdisziplinären Zusammenarbeit.

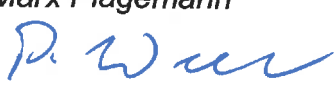
Eine in Frage kommende Deponie liegt direkt an der Grenze zur Gemeinde Handewitt in Harrislee und wirkt auf Wohnsiedlungen in unserer Gemeinde. Neben den deutschen Kommunen Harrislee und Flensburg lehnt auch die dänische Grenzkommune Apenrade die Deponierung ab. Wir schließen uns dieser Haltung an.


Thomas Rasmussen
Bürgermeister

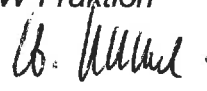

Wolfgang Hennig
Bürgervorsteher

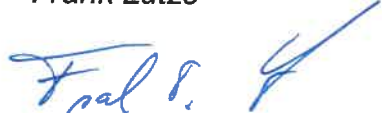

Für die CDU-Fraktion
Marx Plagemann


Für die KWG-Fraktion
Robin Borrermann


Für die SSW-Fraktion
Per Wietz


Für die SPD-Fraktion
Frank Lutze


Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Helga Knaack


Für die SPD-Fraktion
Frank Lutze